Edmund Pech

Die Sorbenfrage in der SBZ/DDR 1945 – 1990 im Blickpunkt der BRD-Presse

Der Systemkonflikt zwischen Ost und West hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über 40 Jahre lang eher die publizistische Polemik als eine sachliche Darstellung der Lage der Sorben in der SBZ bzw. DDR begünstigt. In der DDR sprach man durchweg von einer positiven sozialistischen Nationalitätenpolitik gegenüber den Sorben, in der (alten) Bundesrepublik galt die slawische Volksgruppe als – beinahe unwirkliche – „Vorzeigeminderheit". Diese Politisierung galt für die populärwissenschaftliche Darstellung in Zeitungen und Zeitschriften ebenso wie für die wissenschaftliche historische Forschung. Die folgende Analyse beschränkt sich auf die Tages- und Wochenzeitungen der westdeutschen Besatzungszonen bzw. der BRD.

Für das gesamte bundesrepublikanische Pressewesen der Jahre 1945–1990 waren die Sorben nur ein Randthema. Die Journalisten wurden mit denselben Problemen konfrontiert wie andere, die von außen kamen. Entweder mussten sie die Sorbenpolitik mit Hilfe von ostdeutschen Veröffentlichungen beurteilen oder konnten nur unter beschränkten Umständen bestimmte Aspekte dieser Politik aus erster Hand beobachten. Recherchen, um die Nationalitätenpolitik an Ort und Stelle zu beurteilen, waren äußerst schwierig, meistens unmöglich.

In der Behandlung der Sorbenpolitik in den westdeutschen Medien können drei Phasen unterschieden werden. Von 1945–1948 wurde fast ausschließlich die außenpolitische Dimension der Sorbenfrage behandelt. Dargestellt wurde die Gefahr der Herauslösung der Lausitz aus dem deutschen Staat und die angebliche Zielstellung einiger slawischer Länder, Ostdeutschland umfassend zu reslawisieren. Dies wurde, so die Zeitungsberichte, insbesondere von den Regierungen in Warschau, Prag und Belgrad sowie einer sorbischen nationalen und separatistischen Bewegung angestrebt. In den Jahren 1949–1970 wurde zunehmend die innenpolitische Situation der Sorben in der DDR behandelt, die Themen berührten die Minderheitenpolitik, das Schulwesen in der Lausitz, Probleme der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der sozialistischen Agrarwirtschaft und der Braunkohlenindustrie. Die Autoren waren oftmals nur unzureichend über die Sorben informiert und werteten die Sachlage aus der Sicht des Kalten Krieges. Nach 1970 gewann im Rahmen der allgemeinen politischen Entspannung in Europa eine sachlichere Berichterstattung über die DDR und die Sorben an Gewicht.

1. Die Sorbenfrage 1945–1948 in der Presse der westdeutschen Besatzungszonen

Die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von vielen Sorben als Chance für einen Neuanfang gesehen. Sie erhofften sich eine Wende in der Geschichte des sorbischen Volkes, ein Ende der sozialen, politischen und ethnischen Diskriminierung.

Die Nachkriegsjahre bis 1948 waren in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in politischer und ideologischer Hinsicht vergleichsweise offen. Dies bot auch den Sorben einige Freiräume. Um das eigene Schicksal aktiv zu gestalten, formierten sich die sorbi-

schen Vertreter zu einer starken nationalen Bewegung. Diese bestand aus drei Organisationszentren: der Domowina, den Nationalausschüssen mit dem Nationalrat an der Spitze und dem Slawischen Ausschuss. Diese Gremien verfolgten in der Sorbenfrage unterschiedliche Lösungsansätze. In der Programmatik aller Vereinigungen spielte der zukünftige Status der Lausitz eine wichtige Rolle. Dabei tauchten mehrere Alternativen auf: Anschluss der Lausitz als autonomes Gebiet an die ČSR; Errichtung eines unabhängigen sorbischen Staates und Beitritt zur UNO; Entwicklung im Rahmen deutscher Staatlichkeit bei weitestgehender Sicherung der ethnischen Belange innerhalb einer autonomen sorbischen Provinz.

Die Sorbenfrage erreichte 1945–1948 eine internationale Dimension. Zahlreiche Vertreter der Sorben hielten sich bei Kriegsende im Ausland auf und suchten auf dem außenpolitischen Parkett eine Lösung der Minderheitenproblematik. In ihren Entscheidungen waren diese Repräsentanten nicht frei, denn sie waren selbst immer auch Spielball nationaler slawischer Bewegungen in den osteuropäischen Ländern, die sich wiederum unter sowjetischer Hegemonie befanden. Doch die Position der UdSSR bezüglich der Lausitz war bereits Anfang 1946 formuliert. Dabei wurden Versuche einer Abtrennung der Lausitz von Deutschland abgelehnt, allerdings die sorbischen Forderungen nach kultureller Autonomie innerhalb Deutschlands befürwortet. Die Staatsführungen der Tschechoslowakei und Polens nahmen daher eine vorsichtige Position ein und befassten sich auf internationaler Ebene nicht mit der sorbischen Angelegenheit. Auf der anderen Seite duldeten sie in ihren Ländern prosorbische Organisationen, durch welche die Sorben politische, moralische und materielle Hilfe erhielten.[1]

Aus dem Blickwinkel der Zeitgenossen jedoch schien die weitere Entwicklung Deutschlands sehr ungewiss zu sein. Über die Zukunft des Deutschen Reiches bestanden in den jeweiligen Besatzungszonen und im Ausland tatsächlich unterschiedlichste Pläne. Meist zielten diese auf eine grundsätzliche Schwächung Deutschlands ab. So gab es den Versuch der Teilung Schleswigs von Seiten Dänemarks bzw. der Herauslösung des Saarlandes, wie es Frankreich favorisierte. Über all diese Gefahren, die für einige deutsche Territorien bestanden, wurde in den Zeitungen der westdeutschen Besatzungszonen verschiedentlich debattiert und spekuliert. Als katastrophal empfunden wurde die Lage für die östlichen Gebiete Deutschlands, die unter sowjetische Besatzung gefallen waren. Im Osten treffe man, so wurde berichtet, auf das „im Windschatten der europäischen Zivilisation gelegene slawische Deutschland“[2]. In diesem Zusammenhang wurden in der Presse düstere Prognosen entworfen. Unter dem Titel „Liegt im Nationalbolschewismus die deutsche Zukunft?“ behauptete „Die Weltwoche“, dass „die Russen mit dem Vehikel der SED und mit nationalen Parolen versuchen, Deutschland, das der Schlüssel zum Kontinent geblieben ist, auch von innen her zu erobern“[3]. Andere Zeitungen äußerten, Russen und vor allem Polen und Tschechen würden eine Reslawisierung Ostdeutschlands anstreben und die Gründung eines Lausitzer Staates bzw. eines slawischen Elbestaates vorbereiten. Eine Schlüsselrolle sollten dabei die Sorben spielen: „Doch kann

---

[1] Ausführlich dazu: PETER SCHURMANN, Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung, Bautzen 1998.

[2] Zit. nach EDGAR WOLFRUM, Nationalismus, Föderalismus und Separatismus in Deutschland nach dem Untergang des „Dritten Reiches“, in: Nationalismus und Nationalbewegung in Europa 1914–1945, hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999, S. 235–249, hier: S. 242.

[3] „Liegt im Nationalbolschewismus die deutsche Zukunft?“, in: Die Weltwoche vom 31. 5. 1946.

man einen Lausitzer Staat auf dem kleinen Gebiet, auf dem gegenwärtig noch Reste der Wenden wohnen, nicht schaffen. Man will einen großen, zwei oder drei Millionen Menschen zählenden Lausitzer Staat schaffen, in dem die nichtgermanisierten Lausitzer die Möglichkeit der Reslawisierung ihrer germanisierten Landsleute haben. Dies müsse genügend rasch erfolgen, um zu einer weiteren Niederlage Deutschlands beizutragen."[4] Es wurde auch auf die Ziele der sorbischen Protagonisten eingegangen, die nach Zeitungsberichten über Nacht zum Zünglein an der Waage für Deutschlands Zukunft geworden seien. Unter Überschriften wie „Sorbische Republik" oder „Traum vom Wendenreich" wurde die Rolle der sorbischen Vertreter in der „großen Politik" thematisiert.[5] So berichtete man über sorbische Memoranden an die 1946 in Paris stattfindende Friedenskonferenz bzw. an die im März 1947 in Moskau einberufene Außenministerkonferenz, wo u. a. eine selbständige, freie und von Deutschland unabhängige Lausitz gefordert wurde. Doch die Berichte über den Separatismus bzw. eine Reslawisierung Ostdeutschlands sind nicht nur den ersten Nachkriegsjahren zuzuordnen, sondern bis 1949 und sogar weit darüber hinaus – etwa Mitte der fünfziger Jahre in den Berichten über den Aufbau des „sorbischen Industriekombinates Schwarze Pumpe" – tauchten immer wieder Hinweise „von russischen Plänen zur Gründung eines wendischen Pufferstaates zwischen Lausitzer Neiße und Spree" auf.[6] Ferner wurde darauf verwiesen, dass insbesondere Jugoslawien, Polen und die ČSR derartige Pläne massiv unterstützten. Die Presseleute verfolgten hier jedoch lediglich Spekulationen, die in der offiziellen Politik schon 1946 keine Rolle mehr spielten. Trotzdem wurde in den westdeutschen Zeitungen insbesondere die finanzielle Unterstützung sorbischer Projekte seitens slawischer Staaten, vor allem tschechischer, aber auch polnischer und jugoslawischer Organisationen, mit Skepsis und Misstrauen verfolgt. In Berichten über die Lausitz wurde immer wieder auf die „rege Verbindung mit der benachbarten Tschechoslowakei" verwiesen, die besondere Ansprüche an der Lausitz anmelde.[7] Aber auch die jugoslawischen und polnischen Aktivitäten waren in jedem Fall verdächtig: „Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war es Jugoslawien, das zuerst öffentlich für die Wenden eintrat. [...] In Polen gab es 1945/46 eine rührige politische Gruppe, die sich mit der Oder-Neiße-Grenze nicht zufrieden geben wollte."[8] Die Behauptung, dass im slawischen Ausland den Sorben in der Lausitz nur aus machtpolitischen Erwägungen materielle und ideelle Unterstützung gewährt wurde, ist eine undifferenzierte Sicht. Die insgesamt recht umfassenden finanziellen Zuwendungen, vor allem tschechischer Vereinigungen, waren nicht an ein Junktim geknüpft. Die Gelder wurden auch noch 1947/48 gewährt, als der Verbleib der Lausitz im deutschen Staatsverband längst entschieden war. Ohne eine derartige finanzielle Unterstützung wären sorbische Projekte der Nachkriegsphase nicht zu bestreiten gewesen.[9] Die Finanzierung des sorbischen Kulturlebens erwies sich insgesamt als schwierig; noch gab es keine finanziellen Zuschüsse seitens der Besatzungsmacht

---

4 „Lausitzer Elbestaat", in: Der Kurier vom 8. 11. 1946.

5 Vgl. u. a. „Sorbische Republik", in: Lübecker Freie Presse vom 16. 12. 1947, oder „Traum vom Wendenreich", in: Münchner Anzeiger vom 27. 10. 1947.

6 „Stalins Europapolitik", in: Die Neue Zeitung vom 28. 1. 1948 bzw. „Politik um die Domowina. SED will sorbisches Industriekombinat eröffnen", in: Berliner Morgenpost vom 25. 8. 1955.

7 Vgl. „Was geht in der Lausitz vor?", in: Frankfurter Rundschau vom 24. 8. 1948.

8 „Slawophile Agitationen", in: Die Welt vom 19. 2. 1948.

9 Näheres dazu bei PETER SCHURMANN, Die sorbische Bewegung..., S. 229.

oder deutscher Behörden. Außerdem wurde jede Entschädigung des in der NS-Zeit fast vollständig verlorenen sorbischen Vermögens abgelehnt. So musste der Wiederaufbau einer sorbischen Druckerei, des sorbischen Schulwesens, eines Hauses der Sorben sowie weitere Projekte vor allem aus Mitgliedsbeiträgen der Domowina oder Spenden aus der ČSR, Polen und Jugoslawien bestritten werden.[10]

Aus den Zeitungsartikeln wird letztlich deutlich, dass das negative Bild der Sorben im Speziellen bzw. der Slawen im Allgemeinen, wie es vor 1945 in Deutschland propagiert worden war, in der Presse der westdeutschen Besatzungszonen weiter gepflegt wurde. Bei vielen Autoren war das Bewusstsein, den „kultur- und geschichtslosen" Slawen überlegen zu sein, mit einer ebenfalls weit verbreiteten Angst verbunden, die man zunächst vor den „barbarischen" Russen, dann vor den Slawen generell empfand.[11] Gerade die Grenze im Osten zwischen „Germanentum" und „Slawentum", zwischen „Kultur" und „Barbarei" wurde immer als besonders gefährdet angesehen. Ähnlich wie schon Ende des 19. Jahrhunderts während des Nationalitätenkampfes in der sogenannten „Ostmark" wurden den Sorben nach 1945 propolnische und protschechische, ja „panslawistische" Sympathien unterstellt und das Gespenst einer „wendischen Gefahr" gezeichnet, die in eine Reslawisierung Ostdeutschlands münden könne.

2. Die Sorbenfrage 1949–1970 in der BRD-Presse

Nach 1949 wurde die Sorbenfrage in der Presse zunehmend als ein innenpolitisches Problem der DDR betrachtet, das allerdings unter strenger Kontrolle des slawischen Auslandes, insbesondere der Sowjetunion, stehe. Die Vorgänge in SBZ und DDR, die radikale und schnelle Transformation in eine Volksdemokratie stalinistischer Prägung, verfestigten und legitimierten den Gegensatz zwischen Ost und West. Auch die Bundesrepublik der fünfziger Jahre trug stark restaurative Züge, wobei der Antikommunismus zunehmend zu einem Basiskonsens verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen wurde.[12] In dem wachsenden Systemkonflikt zwischen BRD und DDR spielte das Pressewesen eine entscheidende Rolle. In Westdeutschland herrschte Einigkeit in dem Ziel, den ostdeutschen Staat und folglich auch dessen Sorbenpolitik in Misskredit zu bringen. Man sprach von der „DDR und ihren Sorben" und einer „mit verbissenem Ernst betriebenen Sorbenpolitik", einige deuteten die Sorben gar als sowjetische oder kommunistische Erfindung. Mit der Gründung der DDR wären die Sorben laut Presseberichten als „kleiner Bruder der Russen" zum „Aushängeschild" der DDR-Nationalitätenpolitik aufgestiegen. Im Zusammenhang mit der kommunistischen Förderung durch die SED erhielten sie u. a. eigene Schulen, ein sorbisches Theater, einen Verlag und ein Institut für sorbische Volksforschung. Als Preis hierfür wäre die Domowina von der SED voll und ganz vereinnahmt worden.

---

[10] Vgl. EDMUND PJECH, Hranicy statneho spěchowanja Serbow po 1945, in: Rozhlad 49 (1999) 7/8, S. 267–272.

[11] Vgl. WOLFGANG WIPPERMANN, Antislavismus, in: Handbuch zur „Völkischen Bewegung" 1871–1918, München 1996, hrsg. von Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht, S. 512–524.

[12] Vgl. CHRISTOPH KLESSMANN, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991, besonders S. 296–303.

Die Forschung hat mittlerweile die ganze Widersprüchlichkeit ostdeutscher Minderheitenpolitik aufgezeigt. Einerseits gewährten die sowjetische Besatzungsmacht und deutsche Behörden den Sorben schon vor 1949 wichtige Rechte, dies betraf vor allem das Schulwesen. Andererseits wurde aber eine weitergehende politisch-juristische oder finanzielle Hilfe verweigert. Deutsche Instanzen gewährten bis 1948 keinerlei finanzielle Unterstützung für die Pflege der sorbischen Kultur. Immer dringender wurde für die Domowina eine juristische Regelung der Sorbenfrage. Dies gelang schließlich am 23. März 1948 durch das Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung in Sachsen. In der Minderheitenregelung sollten weitere gesetzliche Durchbrüche folgen. Die Verfassung der DDR von 1949 garantierte den Sorben als gleichberechtigten Staatsbürgern zugleich die volle Wahrung ihrer ethnischen Interessen. Doch immer wieder traten Schwankungen und Rückschläge in der Sorbenpolitik auf. In den Jahren 1949–1951 kam der Dialog zwischen den sorbischen Vertretern und der SED zum Erliegen. Einige Staatsfunktionäre stellten das gesamte Minderheitengesetz in Frage. Das Hauptziel der Sorbenpolitik sollte ihrer Meinung nach in Disziplinierung, Kontrolle und ideologischer Einbindung bestehen, außerdem müsse die Assimilierung der Sorben gefördert werden. Nach den Unsicherheiten der Minderheitenpolitik kam es 1952 zu einer positiven Kurskorrektur. Von Seiten des Politbüros beschäftigte sich nun Fred Oelßner mit der Sorbenfrage. Oelßner, Mitglied des Politbüros und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR, entwarf Vorstellungen, die darauf gerichtet waren, die Lausitz in ein zweisprachiges Territorium umzuwandeln. Die finanziellen Zuwendungen wurden endgültig zugesichert, eine umfangreiche Institutionalisierung des sorbischen gesellschaftlichen Lebens war geplant.[13]

In der Presse der westlichen Besatzungszonen bzw. der BRD wurde mit besonderem Interesse die einsetzende Förderung der sorbischen Sprache und Kultur durch die dafür verantwortlichen ostdeutschen Instanzen verfolgt: „Die Sorben verzeichnen zunehmende Erfolge auf kulturellem Gebiet. Schon bald wird eine sorbische Oberschule gegründet. [...] Inzwischen fand in Anwesenheit prominenter osteuropäischer Vertreter die Grundsteinlegung zu einem neuen sorbischen Haus statt. Ein ‚Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung' wurde vom sächsischen Landtag mit der dort üblichen Einstimmigkeit angenommen. Es bestimmt, dass die sorbische Sprache und die sorbischen Kulturinteressen im Lande Sachsen gesetzlichen Schutz und staatliche Förderung genießen sollen. Grund- und Fortbildungsschulen mit sorbischer Schulsprache sind vorgesehen. Neben der deutschen Sprache ist auch die sorbische als Amtssprache zugelassen. Außerdem wird für die Wenden ein Kultur- und Volksbildungsamt in Bautzen errichtet. Ferner werden für den Wiederaufbau des wendischen Kulturlebens und seine besondere Förderung finanzielle Mittel aus dem Staatshaushalt bereitgestellt."[14] Gern wurde das Bild einer übermäßigen Begünstigung der Sorben durch den Staat gezeichnet. Westdeutsche Zeitungen beurteilten die Minderheitenpolitik nicht unter objektiven Gesichtspunkten, sondern aus dem Blickwinkel des Kalten Krieges. Erneut zeigte sich ein antisorbischer und antislawischer Tonfall. 1949 wurde vor allem im Vorfeld der DDR-Gründung allenthalben über die slawische Gefahr und den sorbischen Separatismus informiert: „Deutsches Kernland wird zum Sorbenstaat. Erst unter anhaltendem Druck gab Sachsen nach und billigte durch Landtagsbeschluss im März 1948

---

[13] Näheres dazu EDMUND PECH, Die Sorbenpolitik der DDR 1949–1970. Anspruch und Wirklichkeit, Bautzen 1999, besonders S. 71–75.

[14] „Traum vom Wendenreich..."

das sogenannte Sorbische Freiheitsgesetz. [...] Hier erhält die sorbische oder wendische Bevölkerung von den sowjetischen Besatzungsbehörden größte materielle und ideelle Förderung. [...] Gleichzeitig geht aus Berichten der Lausitz hervor, dass sorbische Gruppen in Polen in eigenen Kompanien Militärdienst leisten sollen. Anscheinend will man den Grundstock für die eigene sorbische Armee schaffen."[15]

Neben dem Ausbau des sorbischen Schulwesens wurden in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre weitere Maßnahmen zur Förderung von Sprache und Kultur realisiert. Wesentlich war dabei die Institutionalisierung des sorbischen gesellschaftlichen Lebens. Durch die Gründung des Instituts für Sorabistik an der Universität Leipzig und des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen konnte sich die Sorabistik in den folgenden Jahren zu einem professionellen Wissenschaftszweig entwickeln. Im Jahre 1952 kam es zur Errichtung des Staatlichen Ensembles für sorbische Volkskultur und das Sorbische Volkstheater erhielt den Status einer staatlichen Einrichtung. Darüber hinaus konnte das sorbische Publikationsangebot erweitert werden. Mit Hilfe weiterer Bestimmungen sollte in der Mitte der fünfziger Jahre die sorbische Sprache, die bisher nur privat Anwendung fand, auch im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich neben der deutschen Sprache zum gleichwertigen Kommunikationsmittel werden. Zu den Festlegungen gehörten Regelungen über den Gebrauch der sorbischen Sprache im Bereich der Post, des Verkehrswesens, des Handels, des Justizwesens sowie in Betrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).[16] In der BRD-Presse wurde die fördernde Minderheitenpolitik der DDR kritisiert und als Postulat des slawischen Auslandes gesehen: „Seit 1945 ist es auch tatsächlich vom Regime gelungen, jenes kleine slawische Volksmuseum zu einer Parade-Minderheit hochzupäppeln; offenbar glaubt man gar nicht genug tun zu können, um die Sorbenfunktionäre in der Zone und ihre Freunde in den benachbarten ‚Volksdemokratien' für das Nichtzustandekommen einer eigenen Großsorbischen Volksrepublik zu entschädigen."[17] In den fünfziger Jahren wurde in den Zeitungen immer noch die „wendische Bedrohung" oder die Gefahr einer Reslawisierung Ostdeutschlands beschworen: „Die kommunistischen Bemühungen um die krampfhaft hochgepäppelten Sorben ist in ein neues Stadium getreten. [...] Hier wird künstlich ein Teil der Sowjetzone für Aufgaben präpariert, deren Endziel in der künstlichen Schaffung slawischer Minderheiten besteht. Gestern ging es dabei noch um die Erhaltung sorbischer Volkskultur, heute bereits um sorbische Industriekombinate. Welche Ansprüche werden morgen gelten?"[18] Alle Anstrengungen zur Bewahrung der sorbischen Sprache und Kultur, die Institutionalisierung des sorbischen gesellschaftlichen Lebens wurde als politisches Diktat der sowjetischen Besatzungsmacht und panslawistischer Kreise Polens, der ČSR und Jugoslawiens interpretiert. Zudem charakterisierte man die gesamte Sorbenfrage und die DDR-Minderheitenpolitik als künstliches Produkt: „Die Pankower Behörden haben sich nun, den Moskauer Befehlen gehorchend, die größte Mühe gegeben, die Menschen im Spreewald, bei denen ihr alter slawischer Dialekt kaum noch lebendig war, wieder zu einem slawischen Volksstamm zu machen, indem an Schulen Sorbisch gelehrt und auch sorbische Zeitungen und Bibliotheken

---

[15] Vgl. u. a. „Slawischer Grenzwall in Mitteleuropa", in: Rheinpfalz vom 15. 9. 1949 bzw. Norddeutsche Zeitung vom 17. 9. 1949.

[16] Vgl. EDMUND PECH, Die Sorbenpolitik der DDR 1949–1970..., S. 41–47 und 71–75.

[17] „Sorben-Bewegung in der Krise. Lausitzer Domowina-Organisation im Spiegel selbstkritischer Betrachtungen", in: Westfälische Rundschau vom 6. 9. 1957.

[18] „Politik um die Domowina..."

gegründet wurden. [...] Dabei muss eine unlängst gegründete zweite sorbische Oberschule mit der ‚Laterne' nach Zöglingen suchen und viele als Sorben eingetragene Bürger lassen außerdem ausdrücklich sich ihre deutsche Zugehörigkeit beurkunden."[19] Besonders kritisch wurde von Versuchen berichtet, die sorbische Sprache in der Öffentlichkeit zu verankern, zumal die Bevölkerung derartigen Versuchen generell skeptisch gegenüberstünde: „Im Zuge der ruhmreichen Sorbisierung, der die wendischen Bauern und Bäuerinnen recht fassungslos zusehen, werden in Zukunft bei der Staatlichen Handelsorganisation HO und dem Konsum besondere Verkaufsstände errichtet, in denen sorbisches Verkaufspersonal in sorbischer Sprache bedient. [...] Peinlich freilich ist die Tatsache, dass man weder die ‚sorbischen' Verkäufer noch die ‚sorbischen' Staatsangestellten in genügender Anzahl findet."[20]

Ein Hauptziel der „Oelßnerschen Sorbenpolitik" war, das Prestige der sorbischen Sprache in der Region zu heben bzw. die Sprache in die Öffentlichkeit zu bringen. Doch war die Zeitspanne, Derartiges zu verwirklichen – etwa fünf bis sechs Jahre – zu kurz. 1958 kam es zu einer Korrektur der Sorbenpolitik, die alle bisherigen Versuche einer stärkeren Förderung der sorbischen Sprache und Kultur spürbar einschränkte. Im Zuge des V. Parteitages der SED im Juli 1958 änderten sich die politischen Rahmenbedingungen, in deren Folge alle Gesellschaftsbereiche – auch die Förderung sorbischer Sprache und Kultur – der sozialistischen Entwicklung untergeordnet werden sollten. Die Auswirkungen der veränderten Einstellung gegenüber der sorbischen Sprache und Kultur zeigten sich am deutlichsten im Minderheitenschulwesen. 1964 wurde eine schulpolitische Anweisung erlassen, die als Siebente Durchführungsbestimmung zu einer Zäsur in der Schulpolitik führte. Sie trug zu einem drastischen Rückgang der Teilnehmer am sorbischen Sprachunterricht bei. Die Veränderung der Sorbenpolitik wurde in der bundesdeutschen Presse begrüßt: „Der eigentliche Förderer der sorbischen Minderheit ist seit Kriegsende die SED. Zur Zeit der Stalin-Ära wurde dabei des Guten oft zuviel getan. Man verlangte, dass die sorbischen Familien wieder sorbisch sprachen und unterrichtete die Kinder in Kindergärten und Schulen in dieser Sprache. [...] Auch heute gibt es in der Lausitz, in den Bezirken Dresden und Cottbus, sorbische Schulen, aber die Übertreibungen [...] sind kräftig zurückgeschnitten worden."[21] Ansonsten änderte sich die kritische Einstellung zur DDR-Sorbenpolitik seitens der BRD-Presse bis zum Ende der sechziger Jahre nicht, und die Sorben wurden weiter als die Vorzeigeminderheit des ostdeutschen Staates etikettiert: „Für die Sorben wendet Ostberlin erhebliche finanzielle Mittel auf. Kein Mensch weiß genau, wie viel Bürger sich heute noch zum Sorbentum bekennen. Viel mehr als einhunderttausend in der gesamten Lausitz dürften es kaum sein. Gegenüber dem Postamt wurde ein neues, sehr aufwendiges ‚Haus der Sorben' gebaut. Hier wird auch eine sorbische Tageszeitung herausgegeben. Die Bezeichnung der Straßen in Bautzen ist zweisprachig. Die Bevölkerung der Stadt ist allerdings vielfach der Ansicht, dass der rote Sorbenkult künstlich aufgeblasen ist."[22]

Die ideologische Einbindung der Sorben in das bestehende Staatssystem einerseits und die Auseinandersetzungen um die Regelung der Minderheitenrechte andererseits ent-

---

19 „Sorben blicken nach Dresden", in: Industrier-Kurier vom 29. 9. 1956.

20 „Die Sorben", in: Die Rheinpfalz vom 23. 3. 1954.

21 „Schwarze Pumpe – Tod der Sorben? Ein Besuch bei der slawischen Minderheit in und um Bautzen", in: Christ und Welt vom 30. 9. 1966.

22 „Sorbenkult macht kaum jemand mit", in: Ruhr-Nachrichten vom 12. 7. 1968.

wickelten sich nach 1949 zu den entscheidenden Konfliktfeldern. Die Sorbenpolitik der DDR hatte im Vergleich zur negativen Grundhaltung Deutschlands bis 1945 eine andere Zielstellung. Neben der gesetzlichen Gleichberechtigung und dem staatlichen Schutz der Minderheit gehörte dazu die Förderung von Sprache und Kultur. Doch die proklamierte positive Nationalitätenpolitik verlor im Rahmen der DDR-Diktatur durch die erzwungene ideologische Unterordnung ihre Glaubwürdigkeit. Dies führte dazu, dass sich wichtige Träger sorbischer Aktivitäten, die sich nicht zum Sozialismus bekannten, zurückzogen oder aus ihren Positionen gedrängt wurden. Vor allem ab 1948 war in der sowjetischen Besatzungszone eine drastische Verschärfung im politisch-organisatorischen Bereich spürbar. Seither vergrößerte sich der Anpassungsdruck auf die Domowina und die Sorben. Die Anstrengungen der SED, ihre Vorstellungen rigoros in allen Lebensbereichen durchzusetzen, provozierten ständig neue Konflikte mit den verschiedenen Bevölkerungskreisen. Betroffen waren zunächst vor allem die Kirchen und die christliche Bevölkerung.[23] Dies wurde von der Presse der westlichen Besatzungszonen, später der BRD mehrfach aufgegriffen: „Die Domowina hat die volle Unterstützung der SED. Ihre Führer sind SED-Leute. Ihre Anträge in den Organen der Selbstverwaltung werden von der SED unterstützt. [...] Doch nehmen in der sorbischen nationalen Bewegung die Konflikte zu. Die SED bedauert, dass nur die Spitze der Bewegung in der SED ist, die Masse ist parteilos. Man proklamiert den Kampf gegen die Reaktion. Vor allem sollen die stark katholischen Wenden dem Einfluss des Klerus entzogen werden, da dieser versuche, die politische Linie der Domowina umzubiegen."[24] Tatsächlich hatte man hier ein Konfliktfeld zunehmender Auseinandersetzungen unter den Sorben angesprochen. Die wachsende Politisierung der Domowina hatte eine Krise innerhalb der Organisation ausgelöst. Seit dieser Zeit wurde die ideologische Ausrichtung der Domowina deutlich und von vielen Mitgliedern als drückend empfunden. Insbesondere die christlich motivierten Mitglieder, allen voran die Pfarrer, begannen sich zurückzuziehen.

Besonders in Krisenzeiten wie um den 17. Juni 1953 und 1956/57 sowie 1960/61 wurde in der westdeutschen Presse intensiv über die DDR berichtet, manchmal auch über die Lausitz und die Sorben. Neben der politisch-ideologischen Einwirkung beeinflusste die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft erheblich die Lebenssituation der aus historischen Gründen vornehmlich ländlich geprägten sorbischen Bevölkerung. Die Kollektivierung der Landwirtschaft lief in mehreren zeitlichen Etappen ab. 1952/53 verschärfte die SED den sozialistischen Kurs, wobei sich Repressionen gegen die Bauern, vor allem die Großbauern, häuften. Das führte zu einer angespannten Situation im ländlichen Bereich. In der bundesdeutschen Presse wurde über die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande häufig dann berichtet, wenn unter der Bevölkerung Widerstand gegen die Maßnahmen zu erwarten war. Dabei wurde die Situation oft überzeichnet, wie folgender Bericht über den 17. Juni 1953 in der Lausitz beweist: „Die kommunistische Volkspolizei steht in Stärke von mehreren Tausend Mann im Spreewald, um die schwer bewaffneten Partisanen zu bekämpfen. Diese Meldungen gewannen an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, dass im Zusammenhang mit dem 17. Juni besonders im Gebiet der Kreisstadt Niesky schwere bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden hatten. [...] Der 17. Juni sah nach Augenzeugenberichten die Sorben überall Schulter an Schul-

---

[23] Vgl. FRÉDÉRIC HARTWEG, Die Kirchenpolitik der SED – von den Anfängen bis zu den sechziger Jahren, in: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, hrsg. von Jürgen Kocka / Martin Sabrow, Berlin 1994, S. 143–147.

[24] „Genehmigter Separatismus", in: Der Tagesspiegel vom 10. 2. 1949.

ter mit den Deutschen."[25] Die Situation auf dem Lande war in der gesamten DDR angespannt und von erheblichen Unruhen geprägt. Doch erreichten die Proteste nicht die eben beschriebene Dimension. In einigen wenigen Orten belagerten Demonstranten die Gemeindeämter und wurden gegen Bürgermeister und Vertreter der öffentlichen Behörden handgreiflich. In den meisten Dörfern äußerte sich der Widerstand weniger spektakulär, aber der Wunsch nach Veränderung der politischen Situation oder gar Beseitigung der SED-Herrschaft war oft zu vernehmen.[26] Im Zuge des „Neuen Kurses" nach dem 17. Juni 1953 nahm die SED allerdings einschneidende Maßnahmen zurück. Auf dieser Grundlage konnten Einzelbauern zunächst relativ frei wirtschaften, während die LPGs in eine Krise gerieten.

Einer kritischen Situation in allen Gesellschaftsbereichen sah sich die DDR in den Jahren 1956/57 ausgesetzt. In ganz Ostmitteleuropa zeigten sich 1956/57 politische Spannungen. Auslöser für die Konflikte war die Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Diese hatte unter den Kommunisten der ganzen Welt einerseits eine tiefe „Glaubenskrise" ausgelöst, andererseits die Hoffnungen auf Reformen bestärkt. Auch in der DDR begannen, besonders unter Intellektuellen und Studenten, Diskussionen über den künftigen Weg zum Sozialismus. Unter den Sorben fanden Aussprachen statt, die sich aber weniger auf direkte politische Themen, sondern auf die eigene nationale Situation bzw. die Minderheitenpolitik bezogen. Trotz der Förderung der sorbischen Sprache und Kultur waren die konkreten Ergebnisse eher gering. Die sorbische nationale Bewegung war gespalten, das Potential der Kirchen blieb ungenutzt, die Domowina war geschwächt und wurde nur von einer Minderheit der Sorben akzeptiert. Die Industrialisierung der Lausitz, vor allem das Großprojekt Schwarze Pumpe, verschärfte die nationale Lage. Vielfach zeigte sich, dass die Assimilation zunahm. Auf derartige Auseinandersetzungen ging die Presse der BRD mehrfach ein: „Die kleine Volksgruppe der Sorben, die bisher als völkische Minderheit von Pankow besonders gehätschelt wurde, ist jetzt im Zeichen des Kampfes gegen ‚ideologische Schwankungen' zum ersten Mal scharf angegriffen worden. Der Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Reuter, bemängelt, dass sich ‚Genossen der sorbischen Intelligenz' während der Ereignisse in Polen und Ungarn nach Veröffentlichungen polnischer Blätter sowie nach den Mitteilungen der Sender Warschau, Budapest und Belgrad orientiert hätten. Die sorbische Zeitung ‚Nowa Doba' und die sorbische Jugendzeitschrift hätten versucht, gefährliche Diskussionen in die Bevölkerung hineinzutragen. Ein anderer SED-Sekretär erklärte auf einer Sitzung der Bezirksleitung Dresden, bei den angegriffenen sorbischen Genossen sei der Marxismus-Leninismus nichts gewesen als ‚eine dünne Tünche, die abläuft und verfaulten Liberalismus bloßlegt'."[27]

Ideologische Konflikte traten auch im Bereich der Schulbildung auf. Viel Kraft wurde im DDR-Bildungssystem in die politisch-ideologische Erziehung investiert. Dennoch musste in internen Berichten verschiedener Ministerien immer wieder festgestellt werden, dass eine positive sozialistische Überzeugung, trotz der massiven ideologischen Einflussnahme, bei einer Vielzahl der Schüler nicht erreicht werden konnte. Dies äußerte sich u. a. in einer ungenügenden Identifizierung mit dem Marxismus-Leninis-

---

[25] „Sorbische Rhapsodie", in: Deutsche Studentenzeitung, April/Mai 1954.

[26] Vgl. PETER RUSSIG, Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in der Stadt und im Landkreis Bautzen, in: Lětopis 46 (1999) 1, S. 56–77, hier: S. 74.

[27] „Die sorbische Intelligenz schwankt", in: Der Kurier vom 16. 2. 1957.

mus.[28] Die Schulen im zweisprachigen Gebiet wurden in regelmäßigen Abständen von Instrukteuren überprüft. Trotzdem wurde immer wieder die sozialistische Erziehung der Schüler als mangelhaft bewertet, da selbst die Lehrer höchst unzuverlässig wären und der sozialistischen Entwicklung abwartend gegenüberständen. Besonders intensiv wurden die Auseinandersetzungen im sorbischen katholischen Gebiet geführt, wie u. a. die „Westfälische Rundschau" berichtete: „Einen besonders breiten Raum nimmt in der Selbstkritik der ‚Domowina'-Funktionäre das sorbische Schulwesen ein. [...] Laufend gebe es – sowohl an der Lehrerbildungsanstalt wie an der pädagogischen Akademie – ‚scharfe pädagogische Auseinandersetzungen'. [...] Hinzu kämen ‚Anzeichen kleinbürgerlicher Denkungsweise und sogar klerikale Tendenzen'. Viele Lehrer, die zwar gewisse ‚Verdienste aus der Anfangszeit der Sorbenbewegung' nachweisen könnten, seien ‚in ihrer geistigen Entwicklung stehen geblieben'. Die Auswirkungen auf die Schüler könnten natürlich nicht ausbleiben, im Unterricht vieler Lehranstalten spiegelten sich daher ‚Unklarheit, Lauheit und Unentschlossenheit der Erzieher' oft drastisch wider."[29]

1958 nahm der politische Druck der SED in allen Gesellschaftsbereichen weiter zu. Der lang diskutierte, insgesamt jedoch halbherzige Reformkurs in Ostdeutschland wurde endgültig ad acta gelegt. Im Zuge des V. Parteitages der SED sollten alle Gesellschaftsbereiche dem sozialistischen Aufbau untergeordnet werden. Außerdem wurden die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen vorangetrieben. Der Parteitag formulierte als neue Hauptaufgabe die „Vollendung der sozialistischen Revolution auf dem Dorfe", den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse".[30] Auch die Domowina bezeichnete die Kollektivierung der Landwirtschaft als ihre Hauptaufgabe. Diese veränderte politische Richtlinie bekamen die sorbischen Bauern ab dem Sommer 1958 zu spüren. Im Frühjahr 1960 erfolgte die massivste Phase der Umgestaltung mit Großeinsätzen von Funktionären der SED und der Blockparteien sowie von Vertretern aller Massenorganisationen der „Nationalen Front". Damit konnte innerhalb weniger Monate die Kollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen werden. Doch erhebliche Teile der ländlichen Bevölkerung wehrten sich gegen diese Vorgehensweise: „Die SED hat keine rechte Freude an der Lausitz. Ihre ersten schüchternen Kollektivierungsversuche dort scheiterten bereits vor fünf Jahren an dem zähen Widerstand der sorbischen Bauern, ihre atheistischen Stoßtruppunternehmen blieben ohne Eindruck auf die sehr religiös eingestellten Sorben, während des Juni-Aufstandes 1953 kam es auch in der Lausitz zu besonders heftigen Zusammenstößen mit Ulbrichts Miliz. [...] Das bekam sie erneut zu spüren, als sie jetzt ihre Agitatoren in die Dörfer der Lausitz schickte, wo es bei der Zwangskollektivierung zu Zwischenfällen kam wie sonst nirgendwo in Mitteldeutschland. Allein in drei Gemeinden des Oberspreewaldes kam es zu offenem Aufruhr, nur im Schutz der Volkspolizei konnten die ‚Bauernfänger' die Dörfer wieder verlassen. Aber all dieser Widerstand, wie er nur in einigen Fällen bisher bekannt geworden ist, hat nichts genutzt. Für den Bezirk Cottbus liegt bereits seit Tagen eine ‚Erfolgsmeldung' vor."[31]

---

[28] Vgl. CHRISTIANE LEMKE, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991, S. 118.

[29] „Sorben-Bewegung in der Krise..."

[30] Vgl. CHRISTOPH KLESSMANN, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 303–310.

[31] „SED hat keine Freude an den Sorben. In der Lausitz ist der Widerstand gegen Ulbrichts Maßnahmen am stärksten", in: Westfälische Rundschau vom 4. 4. 1960.

Berichte über ideologische Unklarheiten häuften sich in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, besonders um 1953, 1956/57 und 1960/61, aber auch später wurde über die „brüchige Lage" und „ideologische Unsicherheiten" in der DDR berichtet, wie ein Artikel von 1964 zeigt: „Heute gelten die Sorben in den Augen der SED als renitent und anmaßend. Die Erbitterung der Parteigewaltigen ist verständlich: Der Widerstand der sorbischen Bauern gegen die Zwangskollektivierung war äußerst heftig. [...] Nach wie vor wehren sich die (katholischen) Sorben gegen die atheistische Jugendweihe, ihre Beteiligung liegt weit unter dem ‚Republikdurchschnitt'. Pankow wirft der sorbischen Bevölkerung schnöde Undankbarkeit vor, weil das Aufblühen des sorbischen Volkstums erst mit der Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates möglich geworden sei. [...] ‚Es war die SED, die den sorbischen Christen das Gebetbuch wiedergegeben hat!' Zu dieser merkwürdigen Behauptung verstieg sich der Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden in der heftigen Auseinandersetzung, die er mit Lehrern und anderen Vertretern der sorbischen Intelligenz in Bautzen hatte."[32] Doch im Verlaufe der sechziger Jahre wurde sichtbar, dass sich die politische Lage in der DDR zunehmend stabilisierte. Auch ökonomisch ging es langsam, aber stetig bergauf. Berichte über die Anfälligkeit der DDR-Gesellschaft wurden nun seltener, denn das System funktionierte in den sechziger und siebziger Jahren tatsächlich reibungsloser.

Die ökonomischen und sozialen Veränderungen in der Gesellschaft erwiesen sich als die entscheidenden „Assimilationsbeschleuniger" sorbischer Sprache und Kultur. Insbesondere die Braunkohlenindustrie hat sich in der Oberlausitzer Heide und in der Niederlausitz negativ auf die sorbische Substanz ausgewirkt. Mit der Forcierung des Braunkohlenbergbaus in der DDR setzte sich ein Prozess fort, der im Ersten Weltkrieg, während des Vierjahresplanes 1936–1939 und im Zweiten Weltkrieg starke autarkiepolitische Impulse erfahren hatte und dem schon in diesen Phasen unverkennbar planwirtschaftliche Elemente implantiert worden waren. Unter den Bedingungen der DDR gewann die autarkiepolitisch motivierte Industrialisierung allerdings eine neue Dimension.

In den fünfziger und sechziger Jahren erreichte diese Tendenz einen vorläufigen Höhepunkt und veränderte das soziale und ökonomische Gefüge hauptsächlich in den Gebieten der Oberlausitzer Heide und der Niederlausitz. Der erste „Perspektivplan Kohle" im Rahmen des Fünfjahrplans 1951–1955, die Ministerratsbeschlüsse über den Aufbau des Großkombinates Schwarze Pumpe (1955) sowie das „Kohle- und Energieprogramm" (1957) stellten die Weichen zur Gestaltung des Bezirkes Cottbus als „Kohle- und Energiezentrum der DDR". Der Aufbau des Kombinates Schwarze Pumpe mit seinen zuletzt rund 18 000 Beschäftigten und der Wohnstadt Hoyerswerda-Neustadt konnte längst nicht mehr mit den örtlichen Arbeitskräftereserven gedeckt werden. Dies führte zu einem verstärkten Zuzug fremder, in der Regel deutscher Bevölkerung. Die anliegenden Ortschaften unterlagen zudem einer sozialen Umstrukturierung. Das alles trug dazu bei, dass sich in einer noch einigermaßen intakten sorbischen Umgebung der Assimilierungsprozess beschleunigte. Das Thema der Industrialisierung der Lausitz und der Verlust sorbischer Identität, vor allem im Zusammenhang mit dem Aufbau des Kombinates Schwarze Pumpe, wurde häufig von der Presse in der BRD aufgegriffen. So veröffentlichte der „Rheinische Merkur" unter dem Titel: „Ulbricht dezimiert eine Volksgruppe": „Das Ulbricht-Regime hat es also fertiggebracht, die Zahl dieser kleinen

---

[32] „Pankows Sorgen mit den Sorben. Lausitzer Wenden leisten dem Ulbricht-Regime Widerstand", in: Braunschweiger Zeitung vom 4. 6. 1964.

slawischen Volksgruppe seit Hitler und Himmler noch weiter zu dezimieren. [...] Das Sorbentum wird auch in den kommenden Jahren nicht gestärkt, sondern weiter geschwächt werden und zwar deshalb, weil durch den Bau des großen Braunkohlenkombinats ‚Schwarze Pumpe' bei Hoyerswerda und die Errichtung des Dampfkraftwerkes bei Lübbenau Tausende von neuen Arbeitskräften aus anderen Gebieten der Zone angesiedelt werden müssen, die der sorbischen Sprache nicht mächtig sind."[33]

Unter den Sorben rief die Industrialisierung eine große Beunruhigung hervor. Trotzdem sollte laut parteipolitischem Programm der SED das Gebiet Hoyerswerda/ Spremberg zu einem Musterbeispiel des neuen Lebens und der großzügigen Nationalitätenpolitik der DDR werden. Die „zweisprachige Lausitz" wurde zu einer oft wiederholten Floskel. Führende Vertreter aus Wirtschaft und Politik bestätigten in Interviews und auf Veranstaltungen der Domowina die Bedeutung der Förderung von sorbischer Sprache und Kultur im Gebiet um Schwarze Pumpe. Das Kombinat sollte den Nachweis liefern, dass es möglich sei, die sorbische Sprache in der Industrie als zweite Umgangssprache zu verankern. Doch rasch erwiesen sich diese Pläne als illusorisch. Auf diesen Zwiespalt wurde in Zeitungsberichten mehrfach verwiesen: „Die Schwarze Pumpe ist der Tod der Sorben, meinen viele. Die Verantwortlichen der Domowina jedoch, des Bundes der Lausitzer Sorben, sind zuversichtlich. Sie glauben, dass das kulturelle Erbe so stark ist, dass Märchen, Geschichten, Sprüche, Tänze und die kunstvoll gestalteten Gewänder der Sorben auch die Anfechtungen des technischen Zeitalters überstehen können. [...] Doch wer Hoyerswerda hört, der denkt an die sozialistische Stadt und nicht an die Hoyerswerdaer Tracht, eine der vier sorbischen Trachten. [...] Und wer Lausitz hört, der denkt an das Kombinat Schwarze Pumpe und nicht mehr an Kahnpartien auf verträumten Wasserläufen, an die ornamental verzierten sorbischen Ostereier oder die traditionellen Bräuche, wie die Feier der ‚Vogelhochzeit', das ‚Hahnenrupfen' oder den niedersorbischen Fastnachtsbrauch."[34]

Der Aufbau des Kombinates Schwarze Pumpe stellte nur den Beginn der sozialistischen Lausitzer „Braunkohlenära" dar. Gleichzeitig oder später wurden weitere industrielle Großprojekte in Angriff genommen. Die Mitte der fünfziger Jahre artikulierten Ängste der Sorben vor den Auswirkungen der Industrialisierung fanden eine schnelle Bestätigung. Neben dem Braunkohlenkombinat Schwarze Pumpe entstanden weitere Kraftwerke und Industrieanlagen, beispielsweise die Kraftwerke Trattendorf, Lübbenau, Vetschau, Hagenwerder/Berzdorf und Boxberg. Um den Kraftwerksbetrieb zu ermöglichen, begannen neue Tagebaue mit der Kohleförderung. Zu einem besonderen Kapitel der Geschichte des Lausitzer Braunkohlenreviers wurde das der bergbaubedingten Ortsdevastation. Die Zahl der Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlenreviers belief sich bis 1993 auf insgesamt 77, die der Teilortsabbrüche auf 47. Von der Umsiedlung waren zahlreiche Sorben betroffen.[35] Die Probleme des Braunkohlenbergbaus, des Umweltschutzes sowie Fragen der Assimilierung der Sorben gewannen seit den sechziger Jahren in den BRD-Pressemitteilungen an Aktualität: „Wer durch dieses Ghetto der Bergleute, Ingenieure und Techniker fährt und wer dann über Schwarze Pumpe, Spremberg und Senftenberg auf die Autobahn zurückkehrt, vorbei an den Lagerstätten der Braunkohle, wo riesige Förderbrücken wie Dinosaurier des technischen Zeitalters sich in das

---

[33] „Ulbricht dezimiert eine Volksgruppe", in: Rheinischer Merkur vom 4. 7. 1958.

[34] „Schwarze Pumpe – Tod der Sorben?..."

[35] Ausführlich dazu FRANK FÖRSTER, Verschwundene Dörfer. Die Ortsabbrüche des Lausitzer Braunkohlenreviers bis 1993, Bautzen 1996.

Erdreich fressen, Straßen, Bäche, Dörfer verschlingend und unübersehbare Abraumflächen zurücklassend, der fragt sich, ob die so mühsam wiedererweckte Kultur der Sorben, die eine ländlich-bäuerliche Kultur ist, überhaupt noch Überlebenschancen hat."[36]

3. Die Sorbenfrage 1971–1990 in der BRD-Presse

Nach 1971 war die Berichterstattung über die DDR in der BRD von zunehmender Zurückhaltung geprägt und stand ganz im Zeichen der allgemeinen Entspannung in Europa. Kennzeichnend für die Bundesrepublik wurde die neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt und Walter Scheel. Die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten, die Aussöhnung mit Polen und der Tschechoslowakei, der Grundlagenvertrag mit der DDR, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten und der Beitritt zur UNO wirkten sich auf die Medien aus.[37] Die Presse begann ein ausgewogenes Bild über die DDR zu zeichnen, dies schlug sich auch in den Berichten nieder, die über die Lausitz und die Sorben publiziert wurden. Das negative Sorbenbild und die abschätzigen Urteile über die DDR-Minderheitenpolitik verschwanden zusehends. In den Mittelpunkt rückten Schilderungen über die sorbische Alltagskultur, kritisch beleuchtet wurde die Problematik des Braunkohlenbergbaus, des Umweltschutzes und des sorbischen Spracherhalts. Trotz der Vorbehalte gegenüber der DDR-Politik hoben einige Autoren die Bemühungen des ostdeutschen Staates um die Bewahrung der sorbischen Sprache und Kultur hervor: „Gerechterweise muss man festhalten, dass es den Sorben in der DDR besser geht als vermutlich jemals in ihrer Geschichte. Dieses slawische Volk lebt heute freier als unter dem Hitlerregime, freier als einst unter preußischer und sächsischer Fürstenherrschaft und es hat mehr Unterstützung und Förderung als zur Zeit der Weimarer Republik."[38]

Nach den starken politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre wurde nun vermutet, dass die Sorben ihren Platz im gesellschaftlichen Gefüge gefunden hatten: „Der sozialistische deutsche Staat hat offenbar die ‚sorbische Frage' zur allseitigen Zufriedenheit und zum beiderseitigen Vorteil gelöst. Die Sorben haben sich politisch mit dem Sozialismus arrangiert, dafür wird ihnen kulturelle Freiheit gewährt – eine Freiheit freilich, die hauptsächlich zur Traditions- und Sprachpflege dient. Für die nicht geringe finanzielle Unterstützung, die der Staat den Sorben gewährt, bekommt er als Gegenleistung viel fremdartige Folklore."[39] Andere Zeitungen betonten, dass sich die Sorben trotz Diktatur viele Freiräume und Nischen schaffen bzw. erhalten konnten: „Weniger als ihre deutschen Mitbürger werden die Sorben in der DDR auch wegen ihres Glaubens behelligt. [...] Religiöse Feste, die sich bei den Sorben natürlich unweigerlich mit einem alten kulturellen Brauchtum verbunden haben, können in der Lausitz aufwendiger, ungenierter und selbstverständlicher zelebriert werden als anderswo in der DDR. Zu Ostern gibt es das berühmte Osterreiten der Sorben, das von Jahr zu Jahr mit größerer Beteiligung rechnen kann, und zu Fronleichnam oder Christi Himmelfahrt ziehen große

---

36 „Schwarze Pumpe – Tod der Sorben?..."

37 Vgl. STEFAN WOLLE, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, besonders: S. 57, 82 f.

38 „Ortstafeln? Kein Problem. Gegenüber ihrer slawischen Minderheit betreibt die DDR liberale Politik", in: Panorama-Kurier vom 27. 6. 1978.

39 „Lauter weiße Neger: Die Kultur der Sorben, der einzigen nationalen Minderheit in der DDR, auf einem Festival in Bautzen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 6. 1989.

Prozessionen herum. Und in den Orten wacht an jedem Haus, zur Straße hin, eine Heiligenfigur in einer verglasten, bunt ausgeleuchteten Nische über Heim und Hof. Und in der Dorfschule hängt noch das Kruzifix an der Wand."[40] Im Gegensatz zu den fünfziger und frühen sechziger Jahren, in denen, hauptsächlich wegen der häufigen Kampagnen, ein permanenter „Ausnahmezustand" geherrscht hatte, stand nun die von Normalität, Vernunft und Pragmatismus gekennzeichnete „Ankunft im Alltag" (Brigitte Reimann) im Vordergrund. In den siebziger und achtziger Jahren war die Haltung der Staatsmacht und ihrer führenden Partei gegenüber der Bevölkerung von größerer Zurückhaltung bestimmt, und die politisch-ideologischen Konfliktfelder traten nicht mehr so scharf in Erscheinung.[41]

Auf der anderen Seite zeigte sich eine allgemeine Erstarrung der Gesellschaft, dies wurde auch in der Minderheitenpolitik sichtbar. Nachdem Mitte der sechziger Jahre die SED ihre Position zur und in der Domowina gefestigt hatte – die Domowina erklärte sich auf dem VII. Bundeskongress 1969 selbst zur „sozialistischen nationalen Organisation" – und Widerstände gegen einzelne Maßnahmen – zuletzt gegen die Siebente DB zum Schulgesetz von 1964 – gebrochen worden waren, setzte sich zunehmend eine Formalisierung in der DDR-Nationalitätenpolitik durch. Einerseits sicherte die Gesellschaft formell durchaus weitreichende Möglichkeiten zur Anwendung der sorbischen Sprache und Kultur, bekräftigte dies in der 1968 angenommenen neuen Verfassung der DDR, andererseits nahmen die Assimilierungstendenzen in erheblichem Maße zu, ohne dass konstruktive, wirksame und durchaus mögliche Gegenmaßnahmen initiiert wurden.[42] Die Domowina als nationale Organisation wurde in der BRD-Presse als gleichgeschalteter sozialistischer Verband gesehen, der kaum über einen eigenen Spielraum verfügte und schon gar nicht eigene ethnische Ansprüche formulieren durfte: „So stand der VII. Bundeskongress der Domowina im Jahre 1969 unter der Losung ‚Der Sorben Liebe, Treue und Kraft unserem sozialistischen Vaterland'. Im Verlauf der Zeit wurde aus der politischen Dachorganisation der Sorben mehr und mehr eine sozialistische gleichgeschaltete Organisation der Einheitspartei in der DDR."[43] Diese Funktion der Domowina änderte sich auch in den siebziger und achtziger Jahren nicht grundlegend: „Seit die Domowina/Bund Lausitzer Sorben endgültig eine sozialistische Massenorganisation ist, legt sie alle vier, fünf Jahre auf ihren Bundeskongressen immer die gleichen Bekenntnisse ab: zur führenden Rolle der herrschenden sozialistischen Einheitspartei in der DDR, dem gemeinsamen sozialistischen Vaterland der Deutschen und Sorben, zur Beteiligung am Aufbau des Sozialismus, zur Mitwirkung am Wirtschaftswachstum und am sozialistischen Wettbewerb, zur Planerfüllung und -übererfüllung, zur Freundschaft mit der Sowjetunion, zur antiimperialistischen Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt."[44]

---

[40] „Ortstafeln? Kein Problem..."

[41] Vgl. MARY FULBROOK, Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, hrsg. von Richard. Bessell/Ralph Jessen, Göttingen 1996, S. 274–297, hier: S. 291 f.

[42] Vgl. LUDWIG ELLE, Sprachenpolitik in der Lausitz. Eine Dokumentation 1949 bis 1989, Bautzen 1995, S. 26.

[43] „Der Sorben Liebe, Treue und Kraft. Die slawische Minderheit in der Lausitz bewahrte nationales Bewusstsein / Sorbisch als Umgangssprache", in: Der Tagesspiegel vom 11. 8. 1978.

[44] „Sozialistische Bürger sorbischer Nationalität. In der DDR leben noch rund 100 000 Sorben / Politisch integriert, kulturell eigenständig", in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 3. 1987.

Der Domowina war es lediglich möglich, sich in den durch das Sekretariat des ZK bestätigten Berichten an die Bundeskongresse – 1977, 1982 und 1987 – deutlicher zu Problemen der sorbischen Sprache zu äußern und auf Maßnahmen des Spracherhalts zu drängen – allerdings in erster Linie mit Appellen an die Sorben selbst und nicht mit Forderungen an die staatlichen Behörden.[45] Diese im Vergleich zu den sechziger Jahren neuen Töne wurden auch in der BRD-Presse registriert: „Grós war es aber auch, der die [...] Sorben dazu aufrief, sich zu ihrem Sorbentum nicht nur zu bekennen, sondern die sorbische Sprache auch zu lernen, zu sprechen und sie ihren Kindern zu lehren, weil anders der wertvollste Träger ihrer Identität verloren ginge. Der Dichter Jurij Brězan artikulierte die gleiche Sorge, als er an seine Schriftsteller-Kollegen appellierte, mehr und bessere Bücher in sorbischer Sprache zu schreiben. Die Delegierte Christine Metasch kritisierte, dass es in der zweisprachigen Lausitz nicht genügend Kindergärtnerinnen gebe, die sorbisch sprechen können. Und Marja Koban, eine weitere Delegierte, verwies auf die sozialen Folgen des im Bezirk Cottbus massiv und weiträumig betriebenen Braunkohlen-Tagebaus auch für den Zusammenhalt der Sorben: Sie lebt jetzt mit einigen anderen Landsleuten in einem Neubaugebiet der Kreisstadt Spremberg, nachdem sie ihr Dorf Klein-Buckow hatte verlassen müssen, weil es dem Kohlenbergbau zum Opfer fiel."[46] Der wachsende Sprachverfall und der Verlust ethnischer Identität wurden seit den siebziger Jahren zu einem zentralen Thema in der Berichterstattung über die Sorben: „Heute hört man in Bautzen und Cottbus kaum noch sorbisch. Straßennamen und Ortsbezeichnungen sind jedoch in den Sorbengebieten zweisprachig angegeben. Nach amtlichen Angaben geht es der sorbischen Minderheit in der DDR so gut wie nie zuvor. [...] Doch trotz der zugebilligten kulturellen Autonomie sind Sitten und Gebräuche der Sorben vom Aussterben bedroht. Immer weniger Sorben sprechen die dem Polnischen und Tschechischen verwandten Dialekte Ober- und Niedersorbisch als Muttersprache. Die Jungen wandern ab in die Industrie. Die sorbische Tracht [...] wird nur noch von den alten Frauen getragen."[47]

Durch die Folgen einer forcierten Industrialisierung/Modernisierung wurden die Sorben immer schneller zur Bevölkerungsminderheit in ihrem Siedlungsgebiet, welches zudem territorial schrumpfte. Dieser Prozess wurde beschleunigt durch den expansiven Ausbau der Lausitz zum Kohle- und Energiezentrum der DDR. Im Zuge des ‚Neuen Ökonomischen Systems' (NÖS) wurde jedoch seit 1963 der Versuch unternommen, die Braunkohlenwirtschaft vorsichtig zugunsten der Öl-, Gas- und Kernenergie zurückzunehmen. Diese Entwicklung stand um 1965 an einer Wegscheide. Die Verantwortlichen in der DDR entschieden sich jedoch – nicht zuletzt aus politischen und wirtschaftsstrategischen Gründen – für den extensiven Ausbau der Braunkohlenindustrie.[48]

Der Ölschock von 1973 bewirkte in den darauf folgenden Jahren sogar eine deutliche Erweiterung der Lausitzer Braunkohlenindustrie. Eine der Auswirkungen dieses Prozesses bestand darin, dass von den insgesamt 77 direkt oder indirekt bergbaubedingten Ortsabbrüchen in der Ober- und Niederlausitz nicht weniger als 49 in die nur

---

45 Vgl. LUDWIG ELLE, Sprachenpolitik in der Lausitz..., S. 29.

46 „Sozialistische Bürger sorbischer Nationalität..."

47 „Trotz kultureller Selbständigkeit der Slawen um Cottbus und Bautzen. Sind die Sorben im Aussterben?", in: Spandauer Volksblatt vom 14. 8. 1977.

48 Vgl. FRANK FÖRSTER, Siedlungsgebiet, Kriterium und Struktur der Sorben ausgangs der 80er Jahre, in: Lětopis C 34 (1991), S. 36–42.

16-jährige Zeitspanne von 1974 bis 1989 fielen. Ein Zeichen der Verschärfung der Braunkohlenpolitik der DDR seit 1974 war die wachsende Diskrepanz zwischen Devastation und Wiederurbarmachung von Nutzflächen durch den Bergbau des Lausitzer Reviers.[49] Sorbische Schriftsteller, zunächst vor allem Kito Lorenc, gehörten zu den Ersten, welche die damals übliche Überbewertung der wissenschaftlich-technischen Revolution anzweifelten. Während Staatsvertreter und regionale Funktionäre Kühltürme und rauchenden Schlote als Krönung der Lausitzer Landschaft feierten, zeigte sich bei Lorenc schon in den sechziger Jahren ein umweltbezogenes Problembewusstsein. Angesichts des intensiven Kohlenbergbaus wuchsen in den folgenden Jahren bei ihm Skepsis und Kritik. Auf dieses Phänomen wurden die Medien der BRD aufmerksam: „Kito Lorenc [...] bedauert denn auch die fortschreitende Zerstörung der Landschaft. In seinem großen Gedichtband ‚Flurbereinigung' nennt er seine vom Kohleabbau verwüstete Heimat ein ‚dreckiges Schlaraffenland'. Er schließt sein Gedicht mit einer unmissverständlichen Anklage: ‚Oh Heimat, dreckiges Schlaraffenland – ich könnt / davonlaufen wie die Lutken, die Zwerge, einst / vor den Glocken, entfliehn wie die Fische / der übelriechenden Struga..."[50]

Die DDR nahm während ihres vierzigjährigen Bestehens rund 120 000 Hektar für den Braunkohlenabbau in Anspruch und rekultivierte davon lediglich 50 Prozent, zum Teil mit erheblichen ökologischen Mängeln. Das Lausitzer Revier, wo immer weniger Zeit für Rekultivierungsmaßnahmen blieb, wurde mehr denn je in Mitleidenschaft gezogen: „Auf dem Weg von Senftenberg und Welzow über das Gaskombinat ‚Schwarze Pumpe' und das Kraftwerk Trattendorf bis nach Spremberg lernt man begreifen, was diese Restlöcher sind: düstere, vegetationslose Bodenvertiefungen über viele Quadratkilometer. [...] Nachfristig, wenn überhaupt, kommt hier im Vergleich zu den Braunkohlengebieten in den Bezirken Halle und Leipzig die Rekultivierung in Gang."[51] In Zeitungen der BRD wurde seit den siebziger Jahren regelmäßig über ökologische Probleme der DDR berichtet, wie im Folgenden über den Spreewald: „Die nahen Großkraftwerke Lübbenau und Vetschau werden mit Lausitzer Braunkohle gefüttert und durch Spreewasser gekühlt, das seither nicht mehr zufriert. [...] Der schweflige ‚Atem' der Kraftwerke ist bis nach Berlin hin zu riechen."[52]

Die Assimilierung der Sorben und die weitere Vernichtung des sorbischen Lebensraumes durch den Braunkohlenbergbau hatten in den siebziger und achtziger Jahren neue Dimensionen angenommen. Ausgedehnte Landstriche der Niederlausitz gerieten unter den Bagger. In der DDR entwickelte sich angesichts der ökologischen Krise zunächst eine inoffizielle Diskussion, wobei sich weitere sorbische Schriftsteller – etwa Jurij Koch und Benedikt Dyrlich – kritisch äußerten. Die Sorben und ihre kulturellen Träger besaßen seit je ein ausgeprägtes Gespür für jegliche Bedrohung und Verlust. Daraus entwickelte sich namentlich in der Honecker-Ära eine spezifische Kompetenz,

---

[49] Näheres dazu bei FRANK FÖRSTER, Landsässige Tagebaubeschäftigte im ethnisch gemischten Teil der Oberlausitz. Eine Fallstudie 1972, in: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, hrsg. von Peter Hübner, Berlin 1995, S. 193–229, hier: S. 193.

[50] „Oh Heimat, dreckiges Schlaraffenland", in: Die Welt vom 5. 7. 1978.

[51] „Zwischen Guben und Elsterwerda. Streifzüge durch den Kohle- und Energiebezirk der DDR", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 2. 1977.

[52] „Gezähmte Wildnis. Mini-Kreuzfahrt durch den Oberspreewald", in: Rheinischer Merkur vom 16. 6. 1989.

ein „drittes Auge" der sorbischen Literatur für Fragen der Umwelt.[53] Im Jahre 1986 hatte der Bezirkstag Cottbus beschlossen, dass der Tagebau Nochten im Kreis Weißwasser um ein beträchtliches Gebiet erweitert wird. Damit waren die Dörfer Mühlrose, Mulkwitz, Rohne und Schleife – ein für die sorbische Kultur bedeutsames Gebiet – im höchsten Maße gefährdet. In offenen Briefen, Diskussionen und Essays hat insbesondere Jurij Koch immer wieder zum Erhalt dieser einzigartigen Landschaft aufgerufen. Als es Koch gelang, den Schriftstellerverband für seine Sache zu gewinnen, kam es zu einem kollektiven Plädoyer für das bedrohte Gebiet. Doch änderte der Protest nichts an der Politik des Braunkohlenraubbaus. Außerdem erreichten die Initiativen nur eine beschränkte Öffentlichkeit. Die Zeitungen der (alten) BRD beschäftigten sich erst während des politischen Umbruchs 1989/90 mit dem ökologischen Engagement sorbischer Schriftsteller in der Lausitz: „Was Valentin Rasputin für die Sibirier, ist Jurij Koch für die Sorben. Der Schriftsteller Rasputin hat um den Baikalsee gekämpft. Der Schriftsteller Koch kämpft um sorbische Dörfer. Dörfer, unter denen Braunkohle lagert und die deshalb von der Landkarte verschwinden sollen."[54] Als der deutsch-sorbischen Bevölkerung am Ende der DDR in den von der Braunkohle bedrohten Gebieten endlich die Möglichkeit eröffnet wurde, Demonstrationen für den Erhalt ihrer Dörfer zu organisieren, unterstützten die sorbischen Schriftsteller die Einwohner mit Vorträgen, öffentlichen Briefen und Essays. Lange währte der Kampf um das deutsch-sorbische Dorf Klitten, dessen Erhalt damals für viele Deutsche und Sorben einen großen Erfolg bedeutete. Der „Rheinische Merkur" schrieb dazu: „Erstmals wird damit in der Öffentlichkeit ein Problem angesprochen, das bisher für die Medien der DDR tabu war: die Rücksichtslosigkeit der fast ausschließlich auf den Abbau von Braunkohle orientierten Energiepolitik, die die Existenz der Sorben, der einzigen nationalen Minderheit in der DDR gefährdet. Nicht umsonst fordert der sorbische Schriftsteller Jurij Koch eine Wende in der Energiepolitik der DDR, damit es zu keinem ethnischen Genozid komme. Allein im Bezirk Cottbus würde nach den gegenwärtigen Planungen bis zum Jahre 2020 ein Viertel der gesamten Fläche dem Braunkohlentagebau zum Opfer fallen. Die Folge wäre der Verlust eines wichtigen Teils des Lebensraumes der Sorben und eine existenzielle Gefährdung ihrer sprachlichen und kulturellen Substanz."[55]

Die Politik der Domowina in den siebziger und achtziger Jahren war auch weiter von einer Gratwanderung zwischen den vorgegebenen ideologischen Richtlinien und eigenem sorbisch-kulturellem Engagement geprägt. Die Zurücknahme direkter politischer Beeinflussung durch Staat und Partei wirkte sich positiv auf die Minderheitenpolitik, insbesondere auf die Stellung der Domowina aus. Bundesvorstand, Kreisvorstände sowie Ortsgruppen widmeten sich verstärkt der Pflege sorbischer Traditionen, der Sprache und Kultur.[56] Damit erreichte die Organisation wieder wachsenden Zuspruch unter den

---

[53] Vgl. DIETRICH SCHOLZE, Literatur als Faktor der Identitätsbildung bei den Lausitzer Sorben, in: Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, hrsg. von Hans Henning Hahn und Peter Kunze, Berlin 1999, S. 171–178, hier: S. 176 f.

[54] Die Zeit vom 12. 1. 1990.

[55] „Das Leiden nimmt kein Ende. Der Braunkohlentagebau in der DDR bedroht den Lebensraum der Sorben", in: Rheinischer Merkur vom 23. 3. 1990.

[56] Ausführlicher dazu EDMUND PECH, Die Sorbenpolitik der DDR, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 10 (1998) 2, S. 88–103.

Sorben. Nachdem die Mitgliederzahlen von Ende der vierziger bis in die Mitte der sechziger Jahre gesunken waren, konnte die negative Tendenz in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gestoppt werden. In den siebziger und achtziger Jahren erlebte die Domowina gar einen Zustrom. Im Jahre 1989 waren rund 14 500 Sorben als Mitglieder in der Organisation eingeschrieben.[57]

Seit Mitte der achtziger Jahre wirkten auf die DDR-Gesellschaft verändernde Bedingungen von außen. Die Reformversuche in der Sowjetunion seit 1985 unter Michail Gorbatschow, mit den Schlagworten „Perestroika" und „Glasnost", setzten die SED-Führung innenpolitisch unter Zugzwang. Anfang 1987 war – auch infolge des geplanten Besuchs Erich Honeckers in Bonn – eine kurzfristige Liberalisierung in der DDR zu verzeichnen. Doch schon im Herbst 1987 zeigte sich, dass die SED Reformen größeren Ausmaßes mit aller Kraft zu verhindern suchte. Die härtere Gangart führte in der Folge zu einer neuen Stufe der Auseinandersetzungen zwischen der Staatsmacht und den sich formierenden oppositionellen Basisgruppen.

Unter dem Eindruck der Perestroika begann auch unter den Sorben eine begrenzte und zaghafte Suche nach neuen Lösungsansätzen. 1988 führte die Leitung der Domowina einen „Dialog" zu den existenziellen Problemen der Sorben mit Geistlichen und Laien der katholischen Cyrill-Methodius-Vereinigung sowie der sorbischen evangelisch-lutherischen Superintendentur. In Vorbereitung dieser Treffen wurden durch die kirchlichen Vertreter verschiedene Problemfelder benannt, die diskutiert werden sollten. Dabei spielten neben der Forderung nach weltanschaulicher Toleranz in der Domowina sprachliche Probleme eine wichtige Rolle. Praktische Resultate dieses Dialogs waren u. a. der Einsatz der Domowina für die Einführung religiöser Sendebeiträge im sorbischen Rundfunk, die seit 1988 ausgestrahlt wurden, und die Teilnahme des 1. Sekretärs des Bundesvorstandes der Domowina Jurij Grós am sorbischen evangelischen Kirchentag 1989 in Königswartha. Andere Vorstöße der Domowina-Führung, etwa hinsichtlich des beängstigenden qualitativen und quantitativen Rückgangs im Sorbischunterricht an den sogenannten B-Schulen, wurden von dem zuständigen Ministerium energisch zurückgewiesen. Die von sorbischen Studenten des Hochschulverbandes der Domowina „Jan Skala" 1988 herausgegebene hektografierte Zeitung „Serbski student", welche sich den Vorstellungen von „Perestroika" und „Glasnost" verbunden fühlte, wurde nach einem Jahr verboten. Die Veröffentlichung einiger kritischer Leserbriefe in der „Nowa Doba" unterband das Sekretariat der Domowina. Erst unter dem unmittelbaren Eindruck der „Wende" im Herbst 1989 formulierte die Domowina-Führung Vorschläge für die Weiterentwicklung der Nationalitätenpolitik.[58]

Der politische Umbruch 1989/90 forderte auch von der Domowina einen radikalen Wandel, zumal es der Organisation nicht gelungen war, im Vorfeld bedeutendere Neuansätze zu entwickeln. Bis in den Herbst 1989 hinein blieben vor allem zwischen der Domowina-Führung und den sorbischen Christen unüberwindliche ideologische Barrieren bestehen. Die ideologischen Auseinandersetzungen in der DDR haben dazu geführt, dass die nationale Bewegung der Sorben während der Wendezeit gespalten blieb. Neben der Domowina wirkten die unabhängige Sorbische Volksversammlung, die sorbische katholische Cyrill-Methodius-Vereinigung und die sorbische evangelisch-lutherische Superintendentur. Die Domowina versuchte jedoch ihre Legitimation als nationale Or-

---

[57] Der Mitgliederstand von 1989 wurde entnommen aus: PETER KUNZE, Kurze Geschichte der Sorben, Bautzen 1995, S. 72.

[58] Vgl. LUDWIG ELLE, Sprachenpolitik in der Lausitz..., S. 30–32.

ganisation aufrechtzuerhalten. Im Januar 1990 veröffentlichte ein Ausschuss Vorschläge für eine neue Satzung der Domowina. Darin wurde betont, dass die Organisation zukünftig unabhängig von jeglicher Parteipolitik agieren will. Ein wichtiger Schritt zur Erneuerung der Domowina wurde auf dem außerordentlichen Bundeskongress am 17. März 1990 vollzogen, neben der Verabschiedung der neuen Satzung fanden Neuwahlen zum Bundesvorstand der Domowina statt. Über diesen Kongress wurde in den Medien der (alten) BRD ausführlich berichtet. Neu seit der politischen Wende war, dass die Berichterstattung vor Ort erfolgte, die Journalisten die Lausitz bereisten und Sorben befragten, eine vor 1989 seltene Gelegenheit. Detailliert wurde die Arbeit der oppositionellen Sorbischen Volksversammlung und ihres Spitzenkandidaten Pfarrer Jan Malink analysiert, weil man dort am ehesten Reformen erwartete. Doch ihr Bewerber konnte sich schließlich nicht durchsetzen: „Der Kandidat der ‚Sorbischen Volksversammlung', der Pfarrer Jan Malink (33), sorbischer Vertreter am Runden Tisch in Ost-Berlin, unterlag Cyž mit 223 zu 302 Stimmen. [...] Obwohl es im Kreise der ‚Sorbischen Volksversammlung' anschließend brodelte, rief ihr Spitzenkandidat Malink dazu auf, das Ergebnis dieser ersten und geheimen Wahl in der Nachkriegsgeschichte der Domowina zu akzeptieren. Er kündigte zugleich weiteren Kampf seiner Gruppierung um die Erneuerung an, und zwar als innere Opposition der Domowina. Auch Cyž rief zur Erneuerung auf."[59] Angesichts der Ergebnisse und einer gewissen personellen Kontinuität wurde in dem Aufsatz weiter betont, dass eine grundlegende Erneuerung der Organisation nur zum Teil durchgesetzt werden konnte: „Der 59-jährige Jurij Grós, seit einem Vierteljahrhundert Vorsitzender der Organisation, gab das Steuer an den 20 Jahre jüngeren Bjarnat Cyž ab, darf aber als einer der beiden neu gewählten Stellvertreter weiter mitrudern."[60] Trotzdem traute der Autor des Aufsatzes vor allem Cyž zu, als Integrationsfigur zu wirken, welche die immer noch drohende Isolierung und Spaltung der Domowina abwenden könne. Die Ergebnisse des Kongresses waren in der Tat nicht eindeutig. Zunächst gelang ein erster Schritt zur Erneuerung der Domowina, es wurde eine neue Satzung verabschiedet, die jedwede Parteibindung ablehnte. Auf der anderen Seite zweifelten viele Sorben, vor allem auch Mitglieder der Sorbischen Volksversammlung und der Cyrill-Methodius-Vereinigung, an der personellen und inhaltlichen Erneuerung der Domowina: „Obwohl sie die auf dem Kongress vollzogene Wende der ‚Domowina' zu einer demokratisch strukturierten Organisation anerkannt und eine beachtliche Zahl ihrer Kandidaten in den neuen Vorstand gewählt wurde, befürchtet hingegen die ‚Sorbische Volksversammlung' angesichts der Zählebigkeit alter Denkweisen Massenaustritte der knapp 14 000 Mitglieder der ‚Domowina'."[61] Auch in den Dörfern, in den Ortsgruppen der Domowina war eine gewisse Unzufriedenheit spürbar. Allein von März bis Juni 1990 waren mehr als 1 300 Mitglieder aus der Domowina ausgetreten. Wie schon in den ersten Monaten der Wendezeit wirkten unter den Sorben neben der Domowina hauptsächlich die Sorbische Volksversammlung, die Cyrill-Methodius-Vereinigung und die sorbische evangelisch-lutherische Superintendentur. Dies bedeutete, dass die Spaltung der sorbischen nationalen Bewegung noch nicht überwunden war. Doch als für den 17. November 1990 die 1. Hauptversammlung der Domowina einbe-

---

[59] „Die Domowina der Sorben entging nur knapp der Spaltung. Außerordentlicher Kongress macht einen halben Schritt in Richtung Erneuerung / Ruf nach ‚einer' Lausitz", in: Frankfurter Rundschau vom 21. 3. 1990.

[60] Ebd.

[61] Ebd.

rufen wurde, erfolgte die Einladung seitens aller sorbischen Gremien. Dies ließ sich als ein Zeichen der Annäherung deuten. Die Domowina wurde zur Dachorganisation aller Sorben umstrukturiert. Fortan konnten sorbische Vereine und Vereinigungen, aber auch Einzelpersonen Mitglied der Domowina werden. Auf der 2. Hauptversammlung, die der Bundesvorstand der Domowina auf den 15. Juni 1991 festgesetzt hatte, wurde die Erneuerung der Domowina abgeschlossen. Doch die Neuorientierung führte zu einem enormen Verlust der Mitgliederzahl, welche von etwa 14 000 im Jahre 1989 auf unter 7 000 im Jahre 1991 sank.

Insgesamt wurde im Jahre 1990 in den Publikationen der Bundesrepublik häufiger über die Sorben berichtet. Zum einen handelte es sich um allgemeine Aufsätze, die rein informativen Charakter trugen, zum anderen wurde auf die Situation der Sorben im Vorfeld der Wiedervereinigung eingegangen: „Eine gesamtdeutsche Komplikation mehr bedeutet das allemal. Es wird etwas Geld kosten und, schlimmer noch, ein administratives Umdenken. Und Dreck könnte es auch aufwirbeln: ‚Juden und Sorben raus' war jüngst an Mauern im Lausitzer Städtchen Hoyerswerda zu lesen. Kann sein, dass die Sorben das neue Deutschland um ein sensibles Terrain erweitern."[62] Allgemein wurde deutlich, dass in der (alten) BRD nur sehr wenig über die Sorben bekannt war: „‚Noch immer', sagt Jan Malink, ‚sind die Sorben für Deutschland eine Art Aushängeschild der SED, und manche glauben, dass die Sorben von der SED erfunden worden sind.'"[63] Mit dem gesellschaftlichen Umbruch 1989/90 veränderten sich die Rahmenbedingungen der Minderheitenpolitik grundlegend. Die Zukunft der Sorben mitsamt der Förderung sorbischer Kultur schien offen, sorbische Zeitgenossen äußerten sich daher eher skeptisch zu diesem Thema: „Noch fließen Subventionen für den sorbischen Kultur- und Bildungsbetrieb, ‚aber niemand weiß', sagt Bjarnat Cyž, ‚wie lange wir damit noch rechnen dürfen'. Ungeklärt ist das Problem der Landvernichtung durch den Tagebau: Rund um das Kirchspiel Schleife in der Lausitz sind wieder sieben Dörfer mit hohem Sorben-Anteil von den Baggern bedroht..."[64]

---

[62] „Mit roter Soße übergossen'. Spiegel-Redakteur Hans Joachim Schöps über ein schwieriges Mitbringsel der DDR: die Minderheit der Sorben", in: Der Spiegel vom 28. 5. 1990.

[63] Ebd.

[64] Ebd.